

**Antrag**

Hannover, den 19.02.2019

Fraktion der FDP

**Vollbefragung zur Pflegekammer**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschießung

Der Landtag stellt fest:

Die Open Petition „Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen und Beendigung der Zwangsmitgliedschaften von Pflegekräften“ hat inzwischen weit über 48 000 Unterstützer. Von diesen sind rund 70 % in der Pflege tätig, und gut 42 000 stammen aus Niedersachsen.

In der Evaluationsstudie „Pflegekammer Niedersachsen“, die immer wieder zur Begründung der Kammer mit Zwangsmitgliedschaft angeführt wird, wurden lediglich 1 039 Personen befragt. Selbst in dieser kleinen Gruppe äußerten sich nur 42 % - mit anderen Worten 436 Personen - positiv zu einer Pflichtmitgliedschaft mit Beitragspflicht.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. eine Vollbefragung aller Pflegekräfte in Niedersachsen zur Zukunft der Pflegekammer durchzuführen,
2. dabei darauf zu achten, dass die Befragung neutral durchgeführt wird und
3. hierzu bei der Erstellung und Durchführung der Befragung Befürworter und Gegner der Pflegekammer gleichermaßen einzubinden sowie
4. diese Befragung schnellstmöglich durchzuführen.

## Begründung

Bereits vor der ersten Beratung des Gesetzes über die Pflegekammer wurden mehr als 5 000 Unterschriften gegen ihre Einführung gesammelt. Auch eine Vielzahl von Verbänden hatte sich gegen die Kammer ausgesprochen. Zu diesen Verbänden gehörten: der Arbeitgeberverband Pflege, die Arbeitsgemeinschaft privater Heime und ambulanter Dienste, der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste, Deutscher Berufsverband für Altenpflege, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen, die Gesundheitskasse AOK Niedersachsen, der Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt Hannover für die städtischen Pflegeheime, der Hartmannbund, die Innungskrankenkasse (IKK), die Knappschaft Hannover, die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der Landesverband Mitte der Betriebskrankenkassen (BKK), die Landwirtschaftliche Krankenkasse, der Niedersächsische Landkreistag, der Niedersächsische Städtetag und der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund. Dennoch wurde die Kammer eingeführt.

In Anbetracht der verhärteten Fronten innerhalb der Pflege ist es dringend geboten, den wahren Willen der Pflegenden in Niedersachsen festzustellen. Konsequenterweise wird eine solche Befragung auch von vielen Stimmen in der Pflege und der Gewerkschaft ver.di gefordert.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 20.02.2019)